

## **NIEDERSCHRIFT**

### über die **5.** Sitzung des **des Jugendhilfeausschusses** (XV. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **17.02.2011**  
Ort der Sitzung: "Haus Katz" 41363 Jüchen, Alleestr. 5  
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 19:05 Uhr  
Den Vorsitz führte:

#### **Sitzungsteilnehmer:**

##### **• CDU-Fraktion**

1. Herr Karl-Heinz Ehms
2. Herr Gerhard Heyner
3. Herr Michael E. Paschke
4. Herr Wolfgang Wappenschmidt

##### **• SPD-Fraktion**

5. Herr Denis Arndt

##### **• FDP-Fraktion**

6. Frau Eva Alice Oßwald

##### **• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

7. Herr Martin Kresse
8. Frau Susanne Schöttgen

##### **• Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

9. Frau Ulrike Schauwinhold

##### **• Verwaltung**

10. Herr Andreas Bendt
11. Herr Antonius Berheide
12. Herr Wilfried Bodewein
13. Herr Reinhard Giese
14. Frau Annika Hoffmann
15. Frau Marion Klein
16. Frau Anneliese Kremer
17. Frau Ulrike Schmitz-Doering
18. Herr Karsten Troppenz
19. Herr Hermann-Josef Zohren

• **Personen, vorgeschlagen von Trägern der freien Jugendhilfe**

20. Herr Karl Boland
21. Martin Braun
22. Herr Dr. Ulrich von Maltzahn
23. Frau Wiltrud Winzen

• **beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 Satzung Kreisjugendamt**

24. Herr Dekan Ulrich Clancett
25. Herr Hans-Josef Emmerich
26. Frau Monika Hansen
27. Frau Sabine Rosenthal-Aussem
28. Herr Gernot Wehmeier

## INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
-------	--------	-------

### Öffentlicher Teil:

#### 1. Eröffnung der 05. Sitzung - XV. Wahlperiode - des Kreisjugendhilfeausschusses

##### Protokoll:

Vor der Eröffnung der Sitzung wies Herr Lonnes darauf hin, dass der Vorsitzende des Kreisjugendhilfeausschuss, Herr Cwik, krankheitsbedingt verhindert sei und auch sein Vertreter, Herr Bernards, nicht an der Sitzung teilnehmen könne.

Gemäß der Geschäftsordnung wurde anschließend unter der Leitung von Herrn Heyner als ältester Kreistagsabgeordneter im Ausschuss, Herr Ehms einstimmig als Vorsitzender für die Kreisjugendhilfeausschusssitzung vom 17.02.2011 gewählt.

Der Ausschussvorsitzende Herr Ehms eröffnete sodann die Sitzung und bedankte sich für das ihm ausgesprochene Vertrauen.

#### 1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

##### Protokoll:

Der Ausschussvorsitzende stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung zur heutigen Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

Im Anschluss wies Herr Zohren darauf hin, dass in der Einladung zwei Korrekturen erforderlich seien. Auf Seite 3 sei die Anzahl der Plätze von 116 auf 386 und auf Seite 13 die Benutzergebühren Zeltplatz 3.500 € auf 10.500 € zu erhöhen.

Herr Heyner wies darauf hin, dass eine weitere Korrektur auf Seite 4 der Einladung in der Beschlussempfehlung erforderlich sei. Es handele sich nicht um den 12.01.2012 sondern um den 12.01.2011.

#### 1.2. Genehmigung der letzten Niederschrift

##### Protokoll:

Gegen die Niederschrift zur Sitzung vom 11.11.2010 erhoben sich keinerlei Einsprüche oder Bedenken, so dass diese einstimmig genehmigt wurde.

## **2. Tageseinrichtung für Kinder / Tagespflege**

### **2.1. Fortschreibung Bedarfsplan für Tageseinrichtungen für Kinder 2010/2011**

**Vorlage: 51/0906/XV/2011**

#### **Protokoll:**

Herr Berheide berichtete anhand einer „Power Point Präsentation“ über die Fortschreibung des Bedarfsplans für Tageseinrichtungen für Kinder 2010/2011. Herr Lonnes fasste anschließend zusammen, dass man im Bereich der 3 bis 6 jährigen Kinder eine Vollversorgung habe und die Versorgungsquote bei den unter 3 jährigen Kindern bereits zum jetzigen Zeitpunkt bei ca. 25 % läge. Somit sei man landesweit, aber auch innerhalb des Rhein-Kreises Neuss im Vergleich mit den Städten mit eigenem Jugendamt sehr gut aufgestellt. Die Vollversorgung ist abhängig von der zeitgerechten Bewilligung der Landesmittel.

Auch Herr Wappenschmidt sah den Ausbau der U3-Plätze auf einem guten Weg, gab jedoch zu bedenken, dass 2010, hervorgerufen durch die Einbehaltung der Fördermittel des Landes, nahezu keine Fortschritte erzielt worden seien. In diesem Zusammenhang und unter Verweis auf die Diskussion zu diesem Thema in der letzten Kreisjugendhilfeausschusssitzung erkundigte er sich, ob man seitens des Landes bald wieder mit einem Mittelfluss rechnen könne.

Herr Lonnes antwortete, dass die Bundesmittel für 2011 nicht freigegeben worden sind, man damit jedoch noch in 2011 rechnen könne. Um die Bedarfsdeckung zum 01.08.2013 erreichen zu können, müsse die Bewilligung aus planungs- und bautechnischen Gründen jedoch spätestens zur Jahresmitte 2012 erfolgen. Es liegen noch 12 entscheidungsreife Anträge beim Landschaftsverband.

Auf Nachfrage von Frau Schöttgen erläuterte Herr Lonnes, dass sich die Überkapazitäten im Bereich der 3 bis 6 jährigen Kinder für eine Umwandlung in U3-Plätze anbieten und man auch von dieser Möglichkeit Gebrauch mache.

Herr Boland erkundigte sich über den Stellenwert der Tagespflege im Rahmen des Ausbaus der U3-Betreuung und den Beiträgen der Eltern zur Kindertagespflege.

Herr Lonnes antwortete, dass die Planung sich beim Ausbau der u3-Betreuung zunächst auf Plätze in Einrichtungen fokussiere, die Tagespflege jedoch auch ihre Berechtigung habe. Durch die Forderung von Ausbildungsnachweisen und die oftmals vorhandene entsprechende Vorbildung der Tagesmütter und Tagesväter sei die Qualität der Tagespflege gestiegen.

Zu beobachten sei auch, dass mit zunehmendem Alter des Kindes das Interesse der Eltern steige, Ihr Kind in einer Kindertagesstätte unterzubringen.

Herr Zohren ergänzte, dass auch in der Kindertagespflege Beiträge erhoben werden

und es auch in dieser Hinsicht nur marginale Unterschiede zur Unterbringung in einer Kindertagesstätte gebe. Beide Formen der Betreuung hätten Ihre Vor- und Nachteile. Im rechtlichen Sinne seien sie gleichwertig.

Herr Wappenschmidt erkundigte sich hinsichtlich der Verlegung der integrativen Gruppe von Glehn nach Herrenshoff, sowie über die Schließung der 4. Gruppe in der katholischen Kindertagesstätte Glehn.

Herr Zohren erklärte, dass die Verlagerung des Angebots auf Grund der Forderung nach „Inklusion“ sinnvoll sei. Die Dezentralisierung des Angebots bringt das Angebot näher an die Familien heran. Die Qualität eines Teams aus Pädagogen und Therapeuten bleibt erhalten. Es verbleibt 1 integrative Gruppe in Glehn. Daneben werden integrative Gruppen angeboten in den Stadtteilen Korschenbroich, Herrenshoff und Kleinenbroich. Mit der Verlegung wurde die Möglichkeit eines bedarfsgerechten u3-Ausbaus in Glehn geschaffen.

Zum kath. Kindergarten St. Elisabeth erklärte Herr Zohren: Träger des Kindergartens ist inzwischen der Kirchengemeindeverband Neuss-West/Korschenbroich mit Sitz in Holzheim. Aufgrund des Programms „Zukunft heute“ des Erzbistums Köln sollte die 4. Gruppe des kath. Kindergartens geschlossen werden. Das Jugendamt wies in diesem Zusammenhang auf die Verpflichtung der Kirchengemeinde zur Erfüllung der Zweckbindung hin. Bei Verhandlungen des Erzbistums mit der Stadt Korschenbroich und dem Jugendamt konnte man sich zunächst auf eine Weiterführung mit 4 Gruppen verständigen, wenn die Stadt Korschenbroich ab 1.8.2014 den Trägeranteil der 4. Gruppe übernimmt. Nachdem die mündliche Zusage des Erzbistums in der Folgezeit zurückgenommen wurde, entstand eine Finanzierungslücke, die dann durch den bemerkenswerten Einsatz der Eltern geschlossen wurde.

Der Kreisjugendhilfeausschuss fasste einstimmig den folgenden Beschluss:

### **JhA/20110217/Ö2.1**

#### **Beschluss:**

Der Kreisjugendhilfeausschuss nimmt die aktualisierte Fortschreibung des Bedarfsplans für Tageseinrichtungen zustimmend zur Kenntnis.

Im Sinne des § 19 KiBiz bildet dies die Grundlage der Jugendhilfeplanung, in deren Rahmen die Verwaltung beauftragt wird, Gruppenformen und Betreuungszeiten festzusetzen.

Der Jugendhilfeausschuss stellt darüber hinaus fest, dass im Hinblick auf das Kinderförderungsgesetz ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen für Kinder < 3 Jahren trotz der vorhandenen 386 Plätze derzeit nicht besteht und erst spätestens am 01.08. 2013 erfüllt werden kann.

Das Jugendamt wird beauftragt, den Bedarf jährlich mit der Fortschreibung des Kindergartenbedarfsplanes festzustellen und die erforderlichen Maßnahmen mit der Stadt Korschenbroich und den Gemeinden Jüchen und Rommerskirchen sowie den freien Trägern abzustimmen und umzusetzen. Vorrangig sollen dafür nicht mehr benötigte Kindergartengruppen umgewandelt werden.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den im Bedarfsplan dargestellten Ausbau der

Plätze für Kinder u3 zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung zur Umsetzung, vorbehaltlich der Beteiligung des Landes im Sinne des § 21 Abs. 5 KiBiz.

## **2.2. Satzung des Rhein-Kreises Neuss über die Förderung der Kindertageseinrichtungen** **Vorlage: 51/0913/XV/2011**

### **Protokoll:**

Herr Lonnes verwies auf die Sitzungsvorlage.

### **JhA/20110217/Ö2.2**

#### **Beschluss:**

Der Kreisjugendhilfeausschuss nimmt die Satzung des Rhein-Kreises Neuss über die Förderung der Kindertageseinrichtungen, beschlossen in der Sitzung des Kreisausschusses vom 12.01.2011, zustimmend zur Kenntnis.

## **3. Jugend- und Familienhilfe**

### **3.1. Vergleichsreport KGST der Kreisjugendämter** **Vorlage: 51/0914/XV/2011**

#### **Protokoll:**

Frau Klein und Frau Schmitz-Doering berichteten dem Kreisjugendhilfeausschuss über das Ergebnis des Vergleichsreport KGST der Kreisjugendämter. In diesem Report wurden die verschiedenen Hilfearten dargestellt und Leistungs- und Kennzahlen mit denen der anderen teilnehmenden Kreisjugendämter verglichen. Auf Grundlage des vorgelegten Zahlenmaterials wurde deutlich, dass das Jugendamt des Rhein-Kreises Neuss im Vergleich zu den anderen teilnehmenden Kreisen insgesamt gut aufgestellt sei. Dies läge vor allem auch daran, dass sich das Kreisjugendamt das Ziel gesetzt habe, ambulante Hilfen vor stationären Hilfen zu leisten und somit einen stark präventiven Ansatz verfolge.

Herr Wappenschmidt erkundigte sich anschließend, ob es erfolgversprechend sei, verstärkt auf ambulante Hilfen zu setzen und mit Prävention einen weiteren Anstieg der Kosten zu verhindern.

Frau Klein antwortete, dass die ambulanten Hilfen wesentlich kostengünstiger seien als eine stationäre Unterbringung und eine stationäre Unterbringung nach dem Verständnis des Kreisjugendamtes immer nur als letztes Mittel infrage komme. Für die Mitarbeiter sei es in einzelnen Fällen einfacher, ein Kind stationär unterzubringen wenn dies

dem Wunsch der Eltern entspräche, jedoch sei die Entscheidung, ein Kind aus seinem gewohnten Familienumfeld herauszunehmen, das Äußerste, was im Rahmen der Hilfe zur Erziehung, familienersetzende Hilfen, getroffen werden kann. Man sei daher zur Stabilisierung und dem Schutz der Familien und Kinder immer bemüht eine ambulante Lösung zu finden, auch wenn diese zunächst meist arbeitsintensiver sei.

Herr Braun teilte diese Einschätzung und ergänzte, dass sich das Stellen früher ambulanter Hilfen langfristig für die betroffenen Familien selber, aber auch finanziell auszahlen würde.

Frau Schöttgen erkundigte sich über die Personaldecke des Jugendamtes für diesen Bereich.

Frau Klein antwortete, dass die Abteilung Jugend und Familienhilfe personell ganz gut aufgestellt sei. Auf jeden Fall nehme man sich aber immer die Zeit für die frühe Installation ambulanter Hilfen. Die darauf verwendete Zeit ließe sich hinterher oft wieder einsparen, da den Familien zielgerichtet geholfen wurde und Eskalationen verhindert werden können. In diesem Zusammenhang ergänzte Frau Klein, dass die Anzahl der Fälle zwar einigermaßen stabil bleibe, jedoch ein Trend zu immer schwieriger gelagerten und aufwändigeren Einzelfällen zu beobachten sei.

Herr Boland erkundigte sich nach den möglichen Ursachen dieser Entwicklungen.

Frau Klein erläuterte, dass eine genaue Ursache nicht feststehe, es jedoch diverse Thesen zur Erklärung gebe. Ihrer persönlichen Einschätzung zufolge führe oftmals eine Kombination aus Leistungsdruck und geringer Frustrationstoleranz zu den Problemen.

Auf Nachfrage von Frau Schöttgen antwortete Frau Klein, dass sich die Probleme in den Familien quer durch alle Gesellschaftsschichten ziehen würden.

Frau Rosenthal-Außern bestätigte die vorher getätigten Äußerungen aus polizeilicher Sicht. Es sei zu beobachten, dass Eltern ihre Verantwortung für die Kinder oft auf andere Institutionen wie zum Beispiel das Jugendamt, abwälzen wollen. Besonders auffällig seien jedoch die Probleme in den unteren sozialen Schichten, weil sie sich dort nicht so leicht verstecken lassen.

Herr Clancett ergänzte, dass besser gestellte Familien oftmals nach privaten Lösungen suchen würden und eher selten den Weg über das Jugendamt gingen.

Herr Paschke sah die Ursachen hauptsächlich in der Orientierungslosigkeit begründet. Es gebe zusehends weniger Leitbilder, an denen sich junge Familien und Heranwachsende orientieren könnten.

Auf Nachfrage erklärte Frau Klein, dass der Begriff „seelische Behinderung“ schwierig zu erklären sei. Am ehesten ließe er sich wohl mit der mangelnden Fähigkeit, am normalen gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können, erklären. Diese Fälle stellen in der Regel einen sehr hohen Kostenfaktor dar.

Frau Klein führte weiter aus, dass im Bereich der Vollzeitpflege bei der Übernahme von Fällen von anderen Jugendämtern, in denen Kinder bzw. Jugendliche über 2 Jahre und auf Dauer in einer Pflegeeinrichtung in Jüchen, Korschenbroich und Rommerskirchen leben, in der Regel keine Steuerung der Zahlen möglich sei. Die Kosten, abgesehen von den Personal- und Sachkosten, würden jedoch von den ursprünglich unterbrin-

genden Jugendämtern erstattet.

Herr Lonnes teilte Herrn Boland auf dessen Nachfrage mit, dass die am Vergleichsreport der KGST teilnehmenden Kreise hinsichtlich ihrer Struktur vergleichbar seien.

Frau Klein wies darauf hin, dass das Jugendamt im Rahmen seines Frühwarnsystems bereits große Anstrengungen im Bereich der Prävention leiste. Gerade dadurch würden teilweise Bedarfssituationen in den Familien aufgedeckt, die ansonsten niemandem aufgefallen wären.

Herr Wehmeyer und Herr Braun wiesen darauf hin, dass der präventive Ansatz zwar grundsätzlich richtig sei, manchmal jedoch kein Weg an einer stationären Unterbringung vorbei führe. Dies dürfe auch niemals eine Kostenfrage sein.

### **JhA/20110217/Ö3.1**

#### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.

## **4. Kreisentwicklungskonzept Familie**

### **4.1. Entwicklung im Bereich Elterngeld**

**Vorlage: 51/0919/XV/2011**

#### **Protokoll:**

Nach Verweis auf die Sitzungsvorlage nahm der Kreisjugendhilfeausschuss die Entwicklungen im Bereich Elterngeld zustimmend zur Kenntnis.

### **JhA/20110217/Ö4.1**

#### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.

## **5. Jugendarbeit / Jugendschutz**

### **5.1. Aktueller Stand über das Projekt "Zug der Erinnerung"**

**Vorlage: 51/0911/XV/2011**

#### **Protokoll:**

Herr Lonnes informierte die Ausschussmitglieder über den aktuellen Sachstand des Projekts „Zug der Erinnerungen“. Danach liegen bereits 25 Anmeldungen von Schulklassen, vornehmlich der Mittelstufen, vor und es gebe eine breite Akzeptanz und Beteiligung innerhalb der Bevölkerung.

Herr Kresse ergänzte, dass sich außer dem Kreis noch die Sparkasse und die Kreiswerke Grevenbroich finanziell beteiligt hätten. Es bestehe dennoch eine Finanzierungslücke von ca. 3.000 €. Abschließend lud Herr Kresse zur Eröffnungsveranstaltung am 16.03. im Grevenbroicher Bahnhof ein.

### **JhA/20110217/Ö5.1**

#### **Beschluss:**

Der Kreisjugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.

## **6. Beratung über Jugendhilfeausgaben 2011**

### **Vorlage: 51/0908/XV/2011**

#### **Protokoll:**

Herr Lonnes erläuterte den Haushalt des Kreisjugendamtes für das Jahr 2011. Er wies darauf hin, dass durch den gestiegenen Bedarf im Bereich der Hilfen zur Erziehung gegenüber dem vorgelegten Haushalt Mehrkosten in Höhe von 110.000 € entstehen. Diese sind in der Änderungsliste auf Seite 2 der Anlage III zur Einladung aufgeführt. Der vorliegende Haushalt ist mit der Stadt Korschenbroich und den Gemeinden Jüchen und Rommerskirchen abgestimmt. Über die kurzfristigen Änderungen wurden sie in diesen Tagen schriftlich informiert. Das Ergebnis des Jugendamtes für das Jahr 2011 steigt damit auf 10.323.000 €.

Frau Oßwald regte an, die im Haushalt vorgesehenen Hilfen an die offenen Ganztagsgrundschulen auch auf die ganztägig geführten Schulen im Bereich der Sekundarstufen I und II auszuweiten.

Herr Lonnes antwortete, dass für die Offenen Ganztagsgrundschulen ein eigener Etat vorhanden sei. Weitere Hilfen erfolgen im Einzelfall durch die Betreuungspersonen vor Ort. Es gelte weiterhin, dass kein Kind ohne Mahlzeit verbleibe. Außerdem werde der Beitrag für ein Mittagessen in der Schule reduziert, wenn die Eltern zum Beispiel Leistungen nach dem ALG II beziehen.

Herr Zohren wies in diesem Zusammenhang auf die aktuelle Diskussion zu den Hartz IV Sätzen im Hinblick auf die Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten und Schulen hin und teilte mit, dass er auf den Ausgang gespannt sei.

Anschließend ließ der Vorsitzende über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

### **JhA/20110217/Ö6**

#### **Beschluss:**

Der Kreisjugendhilfeausschuss nimmt den vorgelegten Finanzrahmen für die Jugend-

hilfe für das Jahr 2011 zur Kenntnis.  
Der Kreisjugendhilfeausschuss empfiehlt den vorgelegten Haushaltsentwurf zur weiteren Beratung an den Finanzausschuss.

## **7. Mitteilungen der Verwaltung**

### **7.1. Bericht "Starke Kids in der Manege" und Film Vorlage: 51/0915/XV/2011**

#### **Protokoll:**

Herr Bendt berichtete über das Projekt „Starke Kids in der Manege“ und führte den Ausschussmitgliedern einen Film des Senders „Center TV“ über eine projektvorbereitende Veranstaltung, sowie Bilder von einer Schulungsmaßnahme im Dezember 2010 in Hinsbeck vor.

#### **JhA/20110217/Ö7.1**

#### **Beschluss:**

Der Kreisjugendhilfeausschuss nimmt den Bericht über das Projekt „Starke Kids in der Manege“ zustimmend zur Kenntnis

## **8. Anfragen**

### **8.1. Anfrage der Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss / Aktive Bürger Gemeinschaft - Die Aktive vom 13. Januar 2011 Vorlage: 51/0920/XV/2011**

#### **Protokoll:**

Herr Lonnes verwies auf die Anfrage der UWG und die schriftliche Antwort zu dieser aus der Sitzungsvorlage.

Frau Schauwinhold bedankte sich für die kurzfristige Beantwortung.

## **9. Verschiedenes**

### **Protokoll:**

Herr Giese berichtete den Mitgliedern des Kreisjugendhilfeausschuss über den Erhalt des Landespreises für innere Sicherheit im Zusammenhang mit der Ordnungspartnerschaft zwischen dem Kreisjugendamt Neuss, dem Ordnungsamt der Stadt Korschenbroich und der Polizei des Rhein-Kreises Neuss aus dem Jahr 2007. In diesem Rahmen wurde ein Film über die Entstehung, die Ziele und den Erfolg der Ordnungspartnerschaft vorgeführt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss um 19:05 Uhr die Sitzung.

Vorsitz

Schriftführung

